

# Eine beispiellose Krise? Die Krise der europäischen Integration seit 2010 im historischen Vergleich

## 2

Hartmut Kaelble

Es ist erstaunlich, dass die Geschichte der europäischen Integration in der heftigen europäischen Debatte über die Europäische Union während der Krise seit 2010 ganz am Rande blieb. Dabei diskutieren Europäer in Krisenzeiten gerne über ihre eigene Geschichte. Während der Finanzkrise seit 2007/2008 wurde intensiv über die Weltwirtschaftskrise ab 1929 diskutiert, über die Fehler der damaligen Politik und die Schlüsse, die man für die Gegenwart daraus ziehen kann. In internationalen diplomatischen Krisen mit Diktaturen werden oft die diplomatische Krise 1938 und die falsche Haltung der europäischen Demokratien gegenüber der Hitler-Diktatur beschworen. In krisenhaften Situationen der Demokratie in der Bundesrepublik wurde häufig an die Krise der Weimarer Republik erinnert und gefragt, ob Bonn nicht doch Weimar war. Aber in der jüngsten tiefen Krise der Europäischen Union sprach man über frühere Krisen der europäischen Integration so gut wie nie. Weder Historiker noch historisch interessierte Sozialwissenschaftler noch Politiker rufen frühere Krisen in Erinnerung.

Dieses Schweigen über Geschichte hat sicherlich nichts damit zu tun, dass es bisher keine Krisen der europäischen Integration gab. Ganz im Gegenteil erlebte das integrierte Europa seit den späten 1940er Jahren eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher Krisen, die von rein diplomatischen Auseinandersetzungen bis zu aufgewühlten öffentlichen Debatten und schwierigen wirtschaftlichen Situationen gehen. Wenigstens acht solcher Krisen gab es seit den späten vierziger Jahren: die Nachkriegskrise 1948 bis 1951, die Krise des Neins des französischen Parlaments zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954, die Krise des leeren Stuhls 1965/1966, das Scheitern der europäischen politischen Union und der Europäischen Wirtschafts- und Finanzunion in den 1970er Jahren, die durch die deutsche

---

H. Kaelble (✉)  
Berlin, Deutschland  
E-Mail: kaelbleh@geschichte.hu-berlin.de

M. Heidenreich (Hrsg.), *Krise der europäischen Vergesellschaftung?*,  
DOI 10.1007/978-3-658-03925-7\_2, © Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Einheit entstandene Krise der europäischen Gemeinschaft 1990–1992, die Krise der Europäischen Union in der Konfrontation mit dem Jugoslawien Krieg 1991–1995, die Krise des französischen und niederländischen Nein zu dem europäischen Verfassungsvertrag 2005 und schließlich die Schuldenkrise seit 2010.

Das Schweigen über die Geschichte hat auch nicht damit zu tun, dass sich Historiker und Sozialwissenschaftler nicht für die historischen Krisen der europäischen Integration interessieren. Historiker haben vor allem über die Krisen der europäischen Integration in den 1950er und 1960er Jahre eingehend gearbeitet (vgl. Bajon 2012; Dinan 2011; Frank 2004, 2009; Gehler 2012; Kaelble 2012a, 2013; Kahn 2011; Kirt 2001; Kühnhardt 2009; Lagrou 2008; Loth 2001; Ludlow 2006, Palayret et al. 2006; Schulz-Forberg 2012; Schulz-Forbert und Sträth 2010; Varsori 2007). Unter Politikwissenschaftlern gab es eine lebhafte Diskussion über die Legitimationskrise der Europäischen Union unmittelbar nach dem Maastricht-Vertrag (vgl. Eichenberg und Dalton 2007; Hooghe und Marks 2009; Fuchs und Schneider 2011; Loth 2002; Knelangen 2012). Allerdings fehlt bisher eine systematische historische Untersuchung aller Krisen der europäischen Integration.

Dieser Aufsatz möchte das Experiment wagen, die jüngste Krise der europäischen Integration in den historischen Vergleich zu setzen und dabei zu fragen, ob dadurch diese Krise in einem anderen Licht erscheint. In der Regel wird die jüngste Krise der Europäischen Union als die bei weitem schwerste Krise der europäischen Integration angesehen, freilich ohne dass man sie dabei an früheren Krisen wirklich misst. Für den begrenzten Raum eines Aufsatzes wähle ich als Vergleich nicht alle früheren Krisen, sondern nur die schwere Krise der 1970er Jahre, weil sie der jüngsten Krise am meisten ähnelt. Sie war ebenfalls verbunden mit einer Wirtschaftskrise. Sie löste ebenfalls intensive öffentliche Debatten, einen Rückgang der Unterstützung der europäischen Integration in der öffentlichen Meinung, eine Skepsis in den Eliten und ein Krisengefühl aus. Sie drehte sich zumindest teilweise ebenfalls um eine europäische Währungs- und Wirtschaftsunion. Sie war auch eine Belastung in den internationalen Beziehungen Europas. Keine andere Krise der europäischen Integration ähnelte der jüngsten Krise so sehr.

---

## 2.1 Ein Konzept der Krise der europäischen Integration

Um einen solchen Vergleich zu ziehen, muss allerdings zuvor geklärt werden, was unter einer Krise der europäischen Integration verstanden werden soll. Auf Anregungen aus sozialwissenschaftlichen Theorien zur Krise der europäischen Integration kann man sich dabei nicht stützen, weil die bisherigen Theorien zur euro-

päischen Integration, soweit ich sie überblicke, sich nicht mit Krisen befassen (vgl. zu Theorien der europäischen Integration: Bieling und Lerch 2006; Grimm und Jakobeit 2009; Holzinger et al. 2005; Knodt und Corcaci 2012; Lemke 2000; Loth und Wessels 2001; Wiener und Diez 2009; Eigmüller und Mau 2010).

Deshalb soll in diesem Aufsatz von einem pragmatischen Konzept von acht Elementen der Krise der europäischen Integration ausgegangen werden. Dieses Konzept soll als Messlatte für das Ausmaß der Krise dienen. Es enthält Elemente, die teils unabdingbar für eine Krise sind, teils eine Krise zusätzlich verstärken können. Mit diesem Konzept sollen im Übrigen nicht auch zusätzlich die Ursachen der Krise erfasst werden, da damit ein solches Konzept überlastet wäre. 1) Der Kern der Krise der europäischen Integration ist in der Regel eine längere Entscheidungsblockade in grundlegenden neuen Herausforderungen der europäischen Integration. Diese Entscheidungsblockade kann in einem Scheitern von bereits ausgearbeiteten Projekten, aber auch in einer unzureichenden Antwort auf eine neue Situation bestehen. 2) In aller Regel beruht diese Entscheidungsblockade auf einem Interessenkonflikt, der die Form von schwer vereinbaren Gegensätzen zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer annimmt, aber gleichzeitig oft auch die öffentlichen Meinungen in den einzelnen Mitgliedsländern spaltet und deshalb oft nicht einfach als Gegensatz nationaler Interessen zu fassen ist. 3) Zur Krise der europäischen Integration gehören in der Regel auch heftige, kontroverse, öffentliche Debatten über europäische Politik in den Medien, unter den Experten und in nationalen Parlamenten. In diesen öffentlichen Debatten lässt sich auch am klarsten das Krisenbewusstsein erkennen, das zu einer Krise der europäischen Integration wesentlich dazugehört. Ohne Krisenbewusstsein der Zeitgenossen kann man nicht von einer Krise der europäischen Integration sprechen. Eine erst nachträglich konstruierte Krise von Historikern oder von Politikern in der Rückerinnerung reicht nicht aus. 4) In der Regel sind Krisen der europäischen Integration auch Erschütterungen des Vertrauens in die europäische Politik, die sich an dem Rückgang der Unterstützung für die europäische Integration in der öffentlichen Meinung und an der wachsenden Kritik aus den Eliten erkennen lässt. 5) Schwere Krisen der europäischen Integration sind oft verbunden mit Wirtschaftskrisen. Da die europäische Integration lange Zeit im Wesentlichen ein wirtschaftspolitisches Projekt war, belasteten die Wirtschaftskrisen die europäische Politik besonders stark. Allerdings erzeugt nicht jede europäische Wirtschaftskrise eine Krise der europäischen Integration. Die Wirtschaftskrise von 1966/1967 beispielsweise blieb ohne solche Folgen. Umgekehrt ist auch nicht jede Krise der europäischen Integration mit einer Wirtschaftskrise verbunden. Weder das Nein des französischen Parlaments zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 noch die Politik des leeren Stuhls 1965/1966 noch

die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags 2005 hatten etwas mit einer Wirtschaftskrise zu tun. 6) Schwere Krisen der europäischen Integration können auch mit Rückgängen der gesellschaftlichen Konvergenz und Verflechtungen innerhalb des integrierten Europas verbunden sein. Solche gesellschaftlichen Konvergenzkrise verschärfen Krisen der europäischen Integration vor allem dann, wenn sie wie in der jüngsten Krise von der Öffentlichkeit als Problem angesehen werden. 7) Darüber hinaus können die internationalen Spannungen zwischen dem integrierten Europa und außereuropäischen Regierungen ein wichtiges Element der Krise der europäischen Integration sein. Außereuropäische Regierungen können von Krisen der europäischen Integration tangiert werden, sei es, weil die Wirtschaft anderer Weltregionen von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen des integrierten Europas abhängt, sei es, weil die europäische Integration Teil ihrer globalen Sicherheitsstrategie ist oder weil die europäische Integration als Modell für regionale Integration in anderen Weltregionen angesehen wird. Außereuropäische Öffentlichkeiten diskutieren dann die europäischen Krisen. Außereuropäische Regierungen versuchen, besonders in Krisen Einfluss auf die europäischen Entscheidungen zu nehmen. Nicht jede Krise der europäischen Integration tangiert Interessen außereuropäischer Länder, aber schwere Krisen der europäischen Integration erzeugen globale Spannungen. 8) Aus rein theoretischen Erwägungen sollte man zwei besonders gravierende Elemente erwähnen, die eine Krise der europäischen Integration erheblich weiter verschärfen können: die Zivilisationskrise, in der die wirtschaftliche Leistungskraft, der soziale Zusammenhalt, die politischen Institutionen und die gemeinsamen Werte zusammengebrochen erscheinen und daneben die indirekten Auswirkungen eines politischen Systemumbruchs zwischen den drei Systemoptionen des 20. Jahrhunderts, der Demokratie, der faschistischen Diktatur und der kommunistischen Diktatur. Diese beiden Krisenelemente spielen allerdings in dem beabsichtigten Vergleich zwischen der jüngsten Krise und den 1970er Jahren keine Rolle. Deshalb sei darauf nicht weiter eingegangen.

Mit der Messlatte dieser sieben Elemente der Krise der europäischen Integration werde ich die Krise der 1970er Jahre mit der Krise seit 2010 vergleichen. Dieser Vergleich kommt zu zwei gegensätzlichen Resultaten. Auf der einen Seite erschließt er gute Gründe dafür, dass die jüngste Krise seit 2010 tatsächlich eine besonders schwere Krise der Geschichte der europäischen Integration war. Diese Gründe werden zuerst aufgeführt. Auf der anderen Seite führt dieser Vergleich zu ebenso guten Gründen, die Krise der 1970er Jahren eher als ähnlich gravierend und die jüngste Krise nicht mehr als so einzigartig anzusehen. Auf diese Gründe gehe ich danach ein. Am Ende werde ich zusammenfassend die Frage zu beantworten versuchen, ob die jüngste Krise tatsächlich außergewöhnlich schwer war. Zuerst zur besonderen Schärfe der jüngsten Krise:

## 2.2 Warum die jüngste Krise besonders schwer ist

1. Die Interessenkonflikte waren in der jüngsten Krise weit schärfer. Die Interessenkonflikte der 1970er Jahren waren dagegen relativ diffus. Die Gegensätze zwischen den nationalen Regierungen in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen, vor allem in der Währungs- und Haushaltspolitik, in den Eingriffen des Staates in der Wirtschaft, in der Unabhängigkeit von Zentralbanken und in der Exportorientierung der Wirtschaft waren in den 1970er Jahren an sich erheblich größer. Aber der Interessenkonflikt in der Krise seit 2010 war weit fokussierter. Die Schulden der Mitgliedsländer standen seit 2010 ganz im Zentrum. Auslöser des Interessenkonflikts waren die unbezahlbar hohen Zinsen, die der internationale Finanzmarkt für die Staatsschulden der südlichen Mitgliedsländer der Eurozone verlangte. Der Euro als Währung war bedroht. Die wirtschaftlichen und politischen Kosten des Austritts einzelner Länder aus der Eurozone waren unabsehbar. Der Interessenkonflikt drehte sich darum, wie diese enormen Zinsen gesenkt und wie danach die Folgen der Schuldenkrise bewältigt werden konnten. Es standen zwei gegensätzliche Optionen zur Wahl: Die eine Option waren nationale Lösungen, nationale Austeritätspolitik der Südländer, rigide Senkung der öffentlichen Ausgaben, Entlassung von Staatsbediensteten, Kürzung der Sozialausgaben, Verminderung öffentlicher Investitionen und Steuererhöhungen mit verhängnisvollen Folgen für den Lebensstandard und die Arbeitsmöglichkeiten, auch Schließungen von maroden Banken, Schuldenschnitte und eventuell sogar Austritte aus der gemeinsamen Eurozone. Die andere Option waren europäische Lösungen: Übernahme der Garantie für die Schulden der hochverschuldeten Länder durch die Eurozone als Ganzer gegenüber den internationalen Finanzmärkten, Garantiefonds oder europäische Schuldpapiere, europäische Hilfen für die wirtschaftlich in Bedrängnis geratenen Mitgliedsländer, Lösungen, die in anderen Mitgliedsländer der Eurozone die Furcht entstehen ließen, schwer vorhersehbare Summen für die hochverschuldeten Länder einsetzen oder sogar bezahlen zu müssen.

Dieser Interessenkonflikt hatte vor allem fünf Folgen, die die Interessenkonflikte der 1970er Jahre nicht besaßen: Er teilte die Eurozone in die meist südlichen Schuldnerländer mit zeitweise unbezahlbaren Zinszahlungen, die eher für gemeinsame europäische Lösungen plädierten, und die meist nördlicheren Länder mit geringen Zinsen für Staatsschulden, die eher für nationale Lösungen der Südländer plädierten. Er besaß zudem für die Lebenssituation der Durchschnittsbürger in Europa entweder sehr bald weitreichende negative Folgen oder erzeugte massive Ängste vor einer Verschlechterung der Lebenssituation in den Ländern, die von der Schuldenkrise nicht heimgesucht wurden. Er war darüber hinaus ein Interessenkonflikt, der nur von Experten wirklich durchschaut werden konnte, über den

sich aber gleichzeitig die Experten zerstritten, sodass er für die meisten Europäer sehr bedrohlich und wenig durchschaubar erschien. Er drohte in eine Entscheidungsfalle zu führen (Offe 2013). Schließlich trieb dieser Interessenkonflikt auch die Verteilungsdebatte zwischen den Mitgliedsländern über Solidarität zwischen den Mitgliedsländern und über die Eigenverantwortlichkeit jedes Mitgliedslands an. Er berührte damit die Grundlage der europäischen Integration.

2. Die Politisierung der europäischen Entscheidungen war in der jüngsten Krise weit intensiver. Das zeigt sehr schön der Beitrag von Christian Rauh und Michael Zürn in diesem Band. In den 1970er Jahren war die europäische Integration noch getragen von einem permissiven Konsens, in dem das europäische Projekt als segensreich und die Entscheidungen der europäischen Politik als gerechtfertigt angesehen wurden. In der Krise seit 2010 hingegen waren die europäischen Entscheidungen stark politisiert. Diese Politisierung der europäischen Entscheidungen hatte schon in den 1980er und 1990er Jahren eingesetzt. Die europäischen Intellektuellen begannen sich seit damals weit stärker als zuvor mit der europäischen Politik auseinanderzusetzen (siehe Ferrera, in diesem Band). In den Sozialwissenschaften nahmen die Experten für europäische Politik stark zu, gründeten eigene Zeitschriften, Fachverbände und hielten Kongresse ab. Politische Beratungsinstitute befassten sich stärker als zuvor und oft aus kritischer Distanz mit der europäischen Politik. Der permissive Konsensus, der noch in den 1970er Jahren die europäische Politik trug, schwächte sich ab. Die europäische Politik wurde in der Öffentlichkeit weit kontroverser diskutiert. Nationale Referenden spielten dabei eine wichtige Rolle (Checkel und Katzenstein 2009; Kaelble 2014; Hooghe und Marks 2009; Fuchs und Schneider 2011). Das hing auch damit zusammen, dass die Kompetenzen der Europäischen Union und die Aktionsfelder der europäischen Politik enorm ausgeweitet wurden. Sie beschränkten sich nicht mehr auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, sondern umfassten auch eigene wirtschaftliche Institutionen, vor allem die europäische Währung und die Zentralbank, und zudem jenseits der Wirtschaftspolitik neue Aktionsfelder wie etwa den Umweltschutz, den Konsumentenschutz, die Außenpolitik und äußere Sicherheit, die innere Sicherheit, die Sozialpolitik, die Migration, die Ausbildung und die Kultur. Mit diesen neuen Aufgaben wirkte sich die europäische Politik weit stärker auf die Situation des Durchschnittsbürgers, aber auch auf die Situation der Intellektuellen und Experten aus. Sie wurden auch dadurch stark mobilisiert. Hinzu kam, dass durch das Ende des Kalten Krieges, aber auch durch die stärkere Wahrnehmung der Globalisierung die europäische Politik stärker in den Fokus geriet als zuvor.

3. Auch das Vertrauen in die europäische Politik wurde in der jüngsten Krise stärker erschüttert als in den 1970er Jahren. Sicher waren beide Krisen Vertrauenskrisen der europäischen Politik. Auch während der 1970er Jahre sank zwar in der Bevölkerung die Unterstützung der Politik der Europäischen Gemeinschaft.

Die Europäer in den Mitgliedsländern, die die Politik der Europäischen Gemeinschaft als eine gute Sache einstufen, gingen damals von 63 % 1975 auf 53 % 1976 zurück. Die Zahl der Europäer, die die Europäische Gemeinschaft für eine schlechte Sache hielten, stieg in den Mitgliedsländern von 9 % 1975 auf 14 % 1976 (Europäische Kommission 1994, S. 86). Auch in den Eliten der Mitgliedsländer sank die Unterstützung für die europäische Politik. Raymond Aron, ein Befürworter der europäischen Integration, hat diese Skepsis in den Eliten gegenüber der europäischen Integration ausgedrückt, als er 1976 von Paul Henri Spaak zu einem Vortrag über Europa eingeladen wurde: „Ich war schon im Voraus erschreckt über den Verdruss, den ich Ihnen und auch mir selbst bereite, indem ich wieder anfangen, die Gründe für den Wunsch nach der Vereinigung Europas vorzutragen und eine Bilanz der Enttäuschungen und Erfolge zu ziehen“ (Aron 1998, (Übersetzung H.K.) S. 857).

Die Europäische Union geriet allerdings in der jüngsten Krise in eine erheblich tiefere Vertrauenskrise als die europäische Gemeinschaft während der 1970er Jahre. In den Eliten äußerten sich Europaskeptiker oder Europareformer häufiger als zuvor. Sie forderten einen Rückbau oder Umbau der Europäischen Union (vgl. als sehr unterschiedliche Beispiele: Heisbourg 2013; Salais 2013; Streeck 2013; Herzog 2013). In der Qualitätspresse wurden viel gelesene Spekulationen über eine Zeit nach der Europäischen Union veröffentlicht. In Meinungsumfragen grub sich die Krise ebenfalls tief ein. Der Anteil der Europäer mit einem negativen Bild der Europäischen Union stieg in den Meinungsumfragen des Eurobarometers von normalen 15 % noch im Herbst 2009 auf ein bisher unbekanntes Niveau von 26 % im Herbst 2011 an. Der Anteil der Bürger mit einem positiven Bild der Europäischen Union fiel von normalen 48 % noch im Herbst 2009 auf 31 % im Herbst 2011 so stark ab wie nie zuvor. Das negative Bild der Europäischen Union wurde damit erstmals fast ebenso gewichtig wie das positive Bild. Die Zahl der Mitgliedsländer, in denen das negative Bild der Europäischen Union überwog, stieg 2012 auf zehn an. Es herrschte nicht mehr nur im Norden, in Großbritannien und Schweden, und in Ostmitteleuropa, in Tschechien, Österreich und Ungarn, sondern nun vor allem im Süden Europas, in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Zypern vor (Europäische Kommission 2012, S. 15, Tab. 45). Bislang waren die südlichen Länder oft Bastionen der Befürworter gewesen. Diese Bastionen fielen. Allerdings veränderte sich die öffentliche Meinung auch wieder rasch. Nach einer Umfrage des Europäischen Parlaments hatten im Juni 2012 schon wieder 40 % der europäischen Bürger ein positives Bild von der Europäischen Union, nur noch 23 % ein negatives Bild.<sup>1</sup> Das negative Bild überwog nur noch in drei Ländern, in Großbritannien, in

---

<sup>1</sup> Europaparl.europa.eu/pdf/eurobarometer/2012/election\_2012/el.77.4. In dieser Umfrage des Eurobarometers wurden dieselben Fragen gestellt wie bei den anderen Umfragen. Nur der Zeitpunkt der Untersuchung unterscheidet sich.

Portugal und in Tschechien. Freilich fiel das Bild der Europäischen Union in der öffentlichen Meinung im Herbst 2012 schon wieder in die Skepsis des Frühjahrs 2012 zurück und blieb auch im Herbst 2013 auf diesem Stand (Europäische Kommission 2013, No. 80, S. 6). Diese starken Ausschläge der öffentlichen Meinung in der Mediensichtbarkeit der Europäischen Union, in der Polarisierung der Meinungen und der Mobilisierung durch europäische Themen hängen, wie Christian Rau und Michael Zürn in diesem Band überzeugend zeigen, auch mit der Politisierung der europäischen Entscheidung zusammen.

Allerdings wäre es zu einfach, aus dieser Verschlechterung des öffentlichen Bildes der Europäischen Union auf eine Abwendung von der europäischen Integration schließen zu wollen. Trotz aller Schwankungen im Bild der Europäischen Union hielten sich vier Einstellungen auch in der Krise relativ stabil. Die Erwartungen der Unionsbürger an Entscheidungen der Europäischen Union blieben auch in der Krise hoch. Die Europäische Union wurde weiterhin als ähnlich wichtiger Akteur eingestuft wie die jeweilige nationale Regierung, auch wenn die Politikfelder, in denen Entscheidungen von der Europäischen Union erwartet wurden, sich in der Krise etwas verschoben (Europäische Kommission 2013, S. 27; Europäische Kommission 1998, S. 42; Europäische Kommission 2001, S. 14; Europäische Kommission 2005, S. 47; Europäische Kommission 2011, S. 61). Auch das grundsätzliche Vertrauen der Unionsbürger in die europäischen Institutionen blieb in der Gesamtheit der Unionsbürger in der Krise höher als das Vertrauen in die nationalen Institutionen (Europäische Kommission 2013, S. 9). Selbst die Identifizierung mit Europa änderte sich in der Krise nicht erkennbar. Weiterhin sah sich eine Mehrheit der Unionsbürger als Europäer, mit den schon vor der Krise bestehenden großen Unterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedsländern (Europäische Kommission 1998, S. 42; Europäische Kommission 2001, S. 14; Europäische Kommission 2005, S. 47; Europäische Kommission 2013, S. 5). Schließlich blieb auch die Solidarität mit Europäern aus anderen Mitgliedsländern in der Krise hoch. Gerhards und Lengfeld (2013, S. 183 ff.; siehe auch in diesem Band) haben für das Krisenjahr 2009 gezeigt, dass eine sehr große Mehrheit von Polen, Spaniern und Deutschen die Öffnung der Sozialversicherungen gegenüber Europäern aus anderen Mitgliedsländern befürwortete (Gerhards und Lengfeld 2013, S. 183 ff.). Die Unionsbürger unterschieden offensichtlich zwischen ihrer kurzfristigen Einschätzung der laufenden Politik der Europäischen Union und ihrer grundsätzlichen Einstellung zur europäischen Integration.

4. Die Wirtschaftskrise, die hinter den beiden Krisen der europäischen Integration stand, war in der jüngsten Krise schon seit 2008 zweifelsohne erheblich tiefer als in den 1970er Jahren (für die 1970er Jahre vgl. Chassaigne 2012; Doering-Manteuffel und Raphael 2008; Kaelble 2010). Laut OECD schrumpfte die Wirtschaft



der Europäischen Gemeinschaft auch in den 1970er Jahren, allerdings nur in einem einzigen Jahr, 1975, und kehrte rasch zu dem für uns heute erstaunlichen Wachstum von zwei bis fünf Prozent jährlich zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg zwar ab 1975 in der Europäischen Gemeinschaft ebenfalls an, blieb aber auf einem Niveau von fünf Prozent bis zum Ende der 1970er Jahre (für die 1970er Jahre vgl. Chassaing 2012; Doering-Manteuffel und Raphael 2008; Kaelble 2010). Die Staatsverschuldung war noch bescheiden.

In der jüngsten Krise dagegen schrumpfte die Wirtschaft der Europäischen Union 2008/2009 nicht nur stärker als 1975, sondern schrumpfte 2011/2012 ein weiteres Mal. In den Vorhersagen für die kommenden Jahre wird das Wirtschaftswachstum weit unter den heute unerreichbaren Wachstumsraten nach der Schrumpfung von 1975 angesetzt. Die Arbeitslosigkeit lag in der jüngsten Krise mit 9–10 % weit höher als in den späten 1970er Jahren. Die Verschuldung war in der jüngsten Krise im europäischen Durchschnitt zwar erheblich niedriger als in den Vereinigten Staaten und in Japan, lag aber in der Europäischen Union weit über den 1970er Jahren.<sup>2</sup>

5. Schließlich sank das globale Vertrauen in das integrierte Europa in der jüngsten Krise weit stärker ab als während der 1970er Jahre, teils, weil die oft sehr nervösen Finanzmärkte gegenüber dem inzwischen weit höher verschuldeten Europa Misstrauen entwickelten, teils, weil die wirtschaftliche Schwäche Europas als dem größtem Absatzmarkt der Welt die anderen, außereuropäischen Wirtschaften belastete, teils, weil der Internationale Währungsfonds massiv Kredite an Europa vergab und die Vertreter anderer Weltregionen im Internationalen Währungsfonds dagegen opponierten, teils auch, weil das europäische Modell der regionalen Integration an Überzeugungskraft verloren hatte. Allerdings entwickelte sich das globale Misstrauen gegenüber der Europäischen Union in der jüngsten Krise in einem ganz anderen Rahmen als während der 1970er Jahre. Die internationalen Finanzmärkte spielten eine weit größere wirtschaftliche Rolle. Die weltwirtschaftliche Verflechtung des Handels und der Finanzen war in der jüngsten Krise noch stärker als in den 1970er Jahren. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds war weit enger. Der Internationale Währungsfonds spielte eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Schuldenkrise. Auch auf den G20-Treffen wurde die Schuldenkrise intensiv diskutiert. Das stärkere globale Misstrauen gegenüber Europa in der jüngsten Krise hatte viel mit der engeren Verflechtung und der massiveren wechselseitigen Abhängigkeit zwischen den Weltregionen zu tun.

---

<sup>2</sup> <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=36324> (Wirtschaftswachstum); (Arbeitslosigkeit); (Staatsverschuldung) Zugriffen: 18.12.2013.

## 2.3 Warum die Krise der 1970er Jahre nicht weniger schwer war

Damit scheint sich das gegenwärtig vorherrschende Bild zu bestätigen, dass die jüngste Krise einzigartig schwer war und immer noch ist. Der Vergleich mit den 1970er Jahren erschließt allerdings auch sehr bedenkenswerte Gründe, die dagegen sprechen und die die 1970er Jahre als schwere Krise erscheinen lassen.

1. Schon im ersten Kernbereich einer Krise, der politischen Entscheidungsblockade, war die jüngste Krise eher weniger schwer als die Krise der 1970er Jahren. Zwei große Projekte der 1970er Jahre scheiterten weitergehend: die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die europäische politische Union. Die Wirtschafts- und Währungsunion 1970 mit dem Plan des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner vorgeschlagen, wurde schon 1971 weitgehend aufgegeben. Der Europäische Wechselkursverbund von 1972 scheiterte rasch. Erst Jahre später wurde mit dem Europäischen Währungssystem 1979 ein bescheidener Schritt in diese Richtung gewagt. Die Einführung einer europäischen Währung wurde erst im Maastricht Vertrag von 1992 beschlossen, also erst mehr als zwanzig Jahre nach dem gescheiterten Werner-Plan (Lindenlaub 2013).

In der Krise seit 2010 hingegen stand nicht die Neueinrichtung, sondern die Reform der europäischen Währung an, die im Maastricht-Vertrag unzureichend ohne europäische Finanz- und Bankenpolitik konstruiert worden war. Die Reform wurde nach dem Ausbruch der Krise erheblich rascher als in den 1970er Jahren angegangen, wenn auch in zu begrenzten, oft zu zögernden, bisher nicht ausreichenden Schritten. Vom Europäischen Rat, der Europäischen Kommission bzw. dem Europäischen Parlament wurden 2010 und 2011 die Euroschutzschirme EFSM, EFSF und ESM, 2011 das europäische Semester, also die europäische Kontrolle der Divergenzen in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer, 2012/2013 die versuchte Einführung nationaler Finanztransaktionssteuern, 2013 erste Aspekte einer europäischen Bankenkontrolle und zögernde Schritte zu einer europäischen Wachstumspolitik als Korrektur der negativen Folgen der rigiden Sparpolitik in den südlichen Mitgliedsländern beschlossen. Der Präsident der Europäischen Zentralbank reagierte auf die Schuldenkrise rasch und mit wirkungsvollen Statements.

Ein weiterer bedeutsamer Teil der Krise der 1970er Jahre war das Scheitern der europäischen politischen Union, die 1975 in dem Tindemans-Bericht vorgeschlagen wurde und die eine Verstärkung der Kompetenzen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat, eine europäische Finanz-, Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hätte. Erst Jahre später wurden kleine Schritte in Richtung auf eine politische Union unternommen: 1978 die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, 1986 die

Institutionalisierung des Europäischen Rats, der allerdings de facto schon vorher bestand und Entscheidungen traf, und erst in den 1990er Jahren mit dem europäischen Reformverträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza weitere Bausteine einer politischen Union. Was uns heute fast selbstverständlich erscheint, war in den 1970er Jahren noch in der Schwebe: weder der Europäische Rat noch die Europäische Zentralbank waren eingerichtet. Das Europäische Parlament war noch sehr schwach. Die Europäische Kommission hatte ein Jahrzehnt von Querelen hinter sich. In der Krise seit 2010 hingegen war die Europäische Union seit rund zwanzig Jahren entscheidungsfähig, reformiert zuletzt durch den Vertrag von Lissabon von 2007. Die Entscheidungssituation war daher einfacher. Es musste nicht mehr darüber entschieden werden, wer über die europäische Politik entschied. Zwar verschooben sich während der Krise die Einflussbereiche der europäischen Institutionen. Der Europäische Rat und die europäische Zentralbank gewannen an Einfluss. Der Einfluss der Europäischen Kommission wurde schwächer. Das Europäische Parlament hatte seine neuen Kompetenzen aus dem Lissaboner Vertrag in der Krise zu entwickeln. Aber das waren begrenzte Verschiebungen in einer im Grundsatz geregelten Entscheidungssituation.

In den 1970er Jahren stand noch eine dritte grundlegende Entscheidung an, die nicht wie erwartet ablief: die erste Norderweiterung, überhaupt die erste Erweiterung, die in den 1960er Jahren sehr umstritten gewesen war. In dieser Norderweiterung lehnte Norwegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft in einem Referendum völlig ab. Der britische Beitritt stellte sich bald als sehr schwierig heraus und zog bis in die 1980er Jahre hinein lange, mühsame Nachverhandlungen nach sich. Dagegen waren die Beitrittsverhandlungen von Kroatien, das 2013 der Europäischen Union beitrug, eher Routine. Allerdings entstand eine neue Komplikation in den europäischen Entscheidungen, die in den 1970er Jahren noch nicht bestand: die Furcht davor, dass ein einziges Land, Deutschland, die europäischen Entscheidungen weitgehend beherrschte und ein grundlegendes Prinzip der europäischen Integration bedroht war: die gleichrangige Beteiligung aller europäischen Länder an den europäischen politischen Entscheidungen, und auch die Balance, die durch die deutsch-französische Zusammenarbeit hergestellt wurde.

2. Auch die Wirtschaftskrise, die die Integrationskrise begleitete und verstärkte, war in den 1970er Jahren keineswegs nur milder. Sie hatte einen ganz anderen Charakter als die gegenwärtige Wirtschaftskrise und bestand damals aus vier Elementen. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten, die zuvor fast ein Vierteljahrhundert lang im Durchschnitt bei rund fünf Prozent gelegen hatten, brachen auf Dauer ein und lagen von da an im langen Durchschnitt nur noch bei 2–3 %. Europa sank von einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen der Welt zu der wirtschaftlich schwierigsten Region der Welt neben Afrika ab. In den 1970er Jahren war zwar

noch nicht absehbar, dass die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich ansteigen würde. Aber die Inflation nahm seit Mitte der 1970er Jahre in beängstigender Weise zu. Darüber hinaus wurde in den frühen 1970er Jahre das internationale Währungssystem von Bretton Woods von den amerikanischen und europäischen Regierungen aufgegeben. Europa stand damit vor der völlig ungewohnten Situation, dass sämtliche Währungen gegeneinander floaten konnten. Für die europäische Exportwirtschaft und für den europäischen Agrarmarkt, aber auch für die europäischen Geschäftsreisenden und Touristen war das eine neue schwierige Situation. Darüber hinaus erhöhten die Ölschocks von 1973 und 1979 nicht nur schlagartig den Preis für einen zentralen Rohstoff der europäischen Wirtschaft von rund 3 \$ auf zeitweise über 30 \$. Sie machten auch deutlich, dass die westliche Vorherrschaft gegenüber der Dritten Welt brüchig war und die europäische Wirtschaft nicht darauf hoffen konnte, weiterhin ihre Bedingungen diktieren zu können. Die Krise der 1970er Jahre führte schließlich auf längere Sicht zu einem Umbruch in den wirtschaftspolitischen Orientierungen der europäischen Regierungen. Sie wurde als ein Scheitern der keynesianischen Wirtschaftsprinzipien angesehen, vor allem, weil die keynesianisch inspirierte staatliche Wirtschaftspolitik die Inflation nicht verhindern konnte, in der Sicht vieler damaliger Experten sogar erzeugte, und weil das im keynesianischen Geist entwickelte internationale Währungssystem in den Augen der damaligen Regierungen nicht mehr funktionierte. Die Krise der 1970er Jahre war daher auch der Beginn eines Vierteljahrhunderts der Dominanz der monetaristischen Wirtschaftspolitik, die vor allem durch eine rigide Kontrolle der staatlichen Haushalte, den Verzicht auf eine entschiedene Beschäftigungspolitik und den Umbau des internationalen Währungssystems zu einem System flexibler Wechselkurse gekennzeichnet war. Die 1970er Jahre waren daher eine mildere Krise des Wirtschaftswachstums, aber gleichzeitig ein tiefgreifenderer Strukturbruch der Wirtschaft.

3. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Divergenzen waren in den 1970er Jahren in der damaligen Europäischen Gemeinschaft meist erheblich größer als während der jüngsten Krise in der Eurozone. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten divergierten in der EG während der Krise der 1970er stärker. Im Krisenjahr 1975 wuchs die Wirtschaft in Irland weiter mit 2 % schrumpfte dagegen in Luxemburg um fast 7 % und in Italien immerhin um 4 %. Die Unterschiede in ganz Westeuropa waren noch größer (OECD 1987, S. 44). Dagegen waren die Wachstumsunterschiede in der Eurozone im Krisenjahr 2012 geringer. Sie lagen in einem etwas engeren Korridor von 7 Prozentpunkten zwischen Deutschland und Österreich mit 0,7–0,9 % Wachstum und dem Extremfall Griechenland mit 6,4 % Schrumpfung. Ohne den Extremfall Griechenland divergierten die Wachstumsraten sogar nur um rund 5 Prozentpunkte. Im Krisenjahr 2009, dem Jahr stärkster Wachstumseinbrüche,

waren die Unterschiede noch geringer und im Übrigen in den Jahren wirtschaftlichen Wachstums vor 2008 nicht spürbar milder.<sup>3</sup> Auch die innereuropäischen Divergenzen in den Lohnstückkosten und in den Außenhandelsüberschüssen waren in den 1970er Jahren größer als in der jüngsten Krise. Die Lohnstückkosten liefen in der Europäischen Gemeinschaft vor allem seit 1973 stark auseinander. Sie nahmen laut OECD besonders in Großbritannien und Italien 1973–1980 mit durchschnittlich jährlichen 16–19 % sehr rasch zu, um mehr als 10 Prozentpunkte rascher als in den Niederlanden und der Bundesrepublik mit einer Zunahme von 6–7 % (OECD 1982, S. 87). In der jüngsten Krise dagegen gingen die Veränderungen der Lohnstückkosten in der Eurozone nicht so weit auseinander. Sie stiegen 2012 in Irland und Griechenland um 2,3–2,4 %, fielen in Luxemburg und Großbritannien um 2,5–2,7 %, bewegten sich also in einem Korridor von rund 5 Prozentpunkten.<sup>4</sup> Ähnlich der Außenhandel: Der Wert der Exporte stieg im Krisenjahr 1975 in Irland um 20 %, in Großbritannien um 14 %, dagegen in der Bundesrepublik nur um 2 % und schrumpfte in Frankreich sogar um 2 %. Die Werte wichen also in der EG um 22 Prozentpunkte voneinander ab (OECD 1987, S. 107). In der jüngsten Krise war die Auseinanderentwicklung der Exporte deutlich geringer. Wenn man den unglaublichen Exportanstieg in Griechenland von 13 % unberücksichtigt lässt, lagen die Exporte in der Eurozone 2012 zwischen einem Zuwachs von 6 % in den Niederlanden und in Portugal und einer Schrumpfung von 4 % in Luxemburg, lagen also nur 10 Prozentpunkte auseinander. Ohne Zweifel waren diese wirtschaftlichen Divergenzen im Kontext der jüngsten Krise sehr belastend. Aber sie waren weniger groß als in der Krise der 1970 Jahre. Die großen wirtschaftlichen Divergenzen der 1970er Jahre wurden zu Recht oft als eine der Ursache für das völlige Scheitern des damaligen Projekts der Wirtschafts- und Währungsunion angesehen. Zu einem Zusammenbruch der europäischen Währung haben dagegen die Divergenzen in der jüngsten Krise zumindest bisher nicht geführt.

Die gesellschaftlichen Divergenzen waren in den 1970er Jahren ebenfalls meist größer als in der jüngsten Krise. Eine Ausnahme: Die Arbeitslosenraten lagen in dieser Zeit der Vollbeschäftigung noch nahe beieinander. Aber mit dem Beginn der langen Zeit steigender Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren entstanden in der damaligen Europäischen Gemeinschaft ähnlich scharfe Gegensätze wie heute. Spanien litt mit 18 % Arbeitslosigkeit unter einem vielfach höheren Niveau als Luxemburg mit weniger als 1 % (OECD 1995, S. 45). In der jüngsten Krise lagen 2012 die

---

<sup>3</sup> Data.worldbank.org/indicator/ NY.GDP.PCAP.KD.ZG. Zugriffen 20.12.2013 [http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=SNA\\_TABLE1](http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=SNA_TABLE1) Zugriffen: 18.12.2013.

<sup>4</sup> <http://stats.oecd.org/Index.aspx?lang=en&SubSessionId=1a5366a0-7586-414f-ac46-cea2742a66ee&themetreeid=17> Zugriffen: 18.12.2013.

Arbeitslosenraten in der Eurozone in Griechenland und Spanien bei 26 %, fünfmal so hoch wie in Österreich, Deutschland und Luxemburg mit 5 % (vgl. OECD 1990, S. 45, 49, 56, 67).<sup>5</sup> Die Unterschiede in den Sozialausgaben haben sich ebenfalls eher verringert. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahren lagen laut OECD in dem damals ausgabenfreudigsten Land der Europäischen Gemeinschaft, in Belgien, die Sozialausgaben mit 22 % Anteil des Bruttoinlandproduktes fast doppelt so hoch wie in Irland mit 12 %. In Westeuropa als Ganzem waren die Kontraste noch schärfer (OECD 1995, S. 71). In der jüngsten Krise hingegen waren die Unterschiede schwächer: In dem Land mit den höchsten Sozialausgaben in Relation zum BSP, in Frankreich, lagen sie 2012 mit 33 % nur noch um die Hälfte höher als im Land mit den niedrigsten Sozialausgaben der Eurozone, in Irland mit 22 % und unterschieden sich selbst von den Ländern mit den niedrigsten Sozialausgaben in Europa, jetzt Island, Slowakei und Estland mit 18 %, weniger als von den entsprechenden Ländern der 1970er Jahre.<sup>6</sup> Auch in der Bildung, Gesundheit und der Erwerbsarbeit weisen die Statistiken in der Krise 2008–2012 weniger Unterschiede auf als in den 1970er Jahren. Die gesellschaftlichen Verflechtungen zwischen den europäischen Ländern in der Studentenmobilität, in der Migration, im Reisen und Tourismus, in den Elitenverflechtungen, in den Heirats- und Familienverflechtungen, und in der Altersmobilität waren in der jüngsten Krise dichter als in den 1970er Jahren (Mau und Verwiebe 2009; Mau und Mewes 2012). Insgesamt setzten sich in den letzten Jahrzehnten gesellschaftliche Konvergenzen und Verflechtungen durch, die sich auch in der schweren jüngsten Krise als robust erwiesen und nicht in die alten Divergenzen der 1970er Jahre oder gar der 1950er Jahre zurückfielen (vgl. zu den gesellschaftlichen Konvergenzen und Verflechtungen in Europa: Heidenreich 2006; Heidenreich und Wunder 2008; Mau und Verwiebe 2009, Mau 2007; Tomka 2013; Pries 2007; Verwiebe 2008; Verwiebe 2004; Kaelble 2012b).

Das ist jedoch nur die halbe Geschichte der Divergenzen. Die Bewertung von internen Unterschieden der Europäischen Union hat sich während der Krise massiv verändert. Vor der gegenwärtigen Krise wurden die inneren europäischen Unterschiede auf zwei Weisen interpretiert. Auf der einen Seite stand die klassische negative Bewertung von inneren gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Unterschieden, die als Hindernis der europäischen Zusammenarbeit angesehen wurden. Die negative Bewertung beherrschte auch lange Zeit die Politik der Europäischen Union. Unterschiede durch harmonisierende Richtlinien und Verordnungen abzubauen war ein Grundziel der europäischen Politik. Auf der anderen Seite stand die positive Bewertung der inneren europäischen Unterschiede, die sich oft als in-

<sup>5</sup> [www.oecd-library.org](http://www.oecd-library.org) (Streiks) abgerufen 08.04.2013.

<sup>6</sup> [stats.oecd.org/index, aspx?datasetcode=socx\\_agg](http://stats.oecd.org/index.aspx?datasetcode=socx_agg). (Sozialausgaben).

telletuelle Kritik an der Europäischen Union verstand und innere Unterschiede Europas vor dem Übermaß an europäischer Standardisierung zu schützen und gegenüber den Eingriffen aus Brüssel abzuschotten verlangte. Diese positive Bewertung nahm seit den 1990er Jahren zu und entwickelte sich in zwei ganz unterschiedlichen Varianten: auf der einen Seite in der intellektuellen Kritik an der bürokratischen europäischen Integration wie sie etwa von Hans Magnus Enzensberger in seinem Buch über „Ach Europa!“ vorgetragen wurde und oft mit dem Slogan „Einheit in der Vielfalt“ zusammengefasst wurde; auf der anderen Seite in einer veränderten Philosophie der Union selbst, die in der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen nationalen Institutionen und der Durchsetzung der besten Institution einen wichtigen Fortschritt sah und diese Konkurrenz in der Offenen Methode der Koordinierung als treibende politische Kraft zu mobilisieren versuchte (Heidenreich und Bischoff 2008) oder im Subsidiaritätsprinzip eine bessere Legitimation der europäischen Politik zu finden suchte und den Slogan „Einheit in der Vielfalt“ symbolisch übernahm.

Die Krise hat diese Landschaft der Bewertung von inneren Unterschieden, die ich in wenigen Sätzen sehr vereinfacht dargestellt habe, stark verändert. Seit der Krise der europäischen Währung wurden vor allem von Ökonomen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern der Eurozone am Postulat des optimalen Währungsraums gemessen. Nach der Theorie des Nobelpreisträgers Mundell (1961) und späteren Ergänzungen kann eine Währung nur funktionieren, wenn zwischen den verschiedenen Teilen des Währungsgebiets viel Mobilität von Personen, von Kapital und von Waren besteht und wenn darüber hinaus die verschiedenen Teile des Währungsgebiets wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht zu unterschiedlich sind. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Unterschiede und die geringen Verflechtungen, insbesondere die geringe Arbeitskräftemobilität innerhalb der Europäischen Union gerieten daher in den Verdacht, für die europäische Währung gefährlich zu sein. Nicht nur die unterschiedliche Verschuldung der europäischen Länder der Eurozone, sondern auch die Unterschiede der Sozialstaaten, etwa des Rentenalters, die Einstellung der Bürger zum Staat, zu Steuern und zum Klientelismus, der unterschiedliche Umfang der Staatsapparate und das unterschiedliche Arbeitsethos der Staatsbeamten, auch die geringe zwischenstaatliche innereuropäische Migration und der geringe Umfang der Sozialtransfers zwischen den EU-Ländern, nach manchen Interpretationen auch das Fehlen gemeinsamer europaweiter Tarifverträge, fielen unter diesen Verdacht. Die wichtigste Entwicklung der innereuropäischen gesellschaftlichen Divergenzen während der Krise war daher nicht eine neue Zuspitzung, sondern eine grundlegende neue Bewertung von innereuropäischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Divergenzen.

Diese neuen Bewertungen stellen freilich die soziologische und sozialhistorische Forschung zur europäischen Vergesellschaftung vor neue Herausforderungen. Sie müsste eine Antwort darauf geben können, ob die europäischen gesellschaftlichen Divergenzen tatsächlich schärfer und die europäischen Verflechtungen etwa in den Migrationen, in den Finanztransfers, in den Tarifbeziehungen und der Flexibilität der Löhne tatsächlich schwächer als in anderen großen Währungsräumen waren und sind. Der übliche Vergleich mit den USA reicht dabei nicht aus. Auch die großen Währungsräume der BRIC-Staaten sind eine Herausforderung für diesen Vergleich. Bisher hat die soziologische und sozialhistorische Forschung darauf noch kaum Antworten gegeben. Es ist keineswegs ausgemacht, dass die Divergenzen in der Eurozone außergewöhnlich scharf und die inneren Verflechtungen der Eurozone ungewöhnlich schwach waren und sind und von dieser Seite die europäische Währung besonders stark bedroht ist.

---

## 2.4 Zusammenfassung

Der Vergleich mit einer früheren Krise schärft den Blick auf die jüngste Krise. Sie erscheint nicht mehr unbesehen als die bisher schärfste Krise der europäischen Integration, sondern kommt mit ihren Eigenarten klarer den Blick.

Sie war und ist ohne Zweifel eine besonders scharfe Krise in mehrfacher Hinsicht: Sie wurde und wird durch die gleichzeitige Finanz- und Wachstumskrise zugespitzt. Die außergewöhnlich niedrigen wirtschaftlichen Wachstumsraten in der Europäischen Union und die Schrumpfung der Wirtschaft vor allem in süd-europäischen Ländern, die hohe Arbeitslosigkeit und die depressive wirtschaftliche Stimmung stellten den besonders negativen Rahmen für diese Krise der europäischen Integration dar. Der Interessenkonflikt um die Währungspolitik war zudem besonders heftig, weil er auf dieses eine Problem und seine Folgen fokussiert war, weil mit erschreckend riesigen Summen gearbeitet wurde und schließlich, weil die Lebensumstände der europäischen Bürger durch die Schuldenkrise stark betroffen waren und bedroht erschienen. Die europäische Politik war daher in der Öffentlichkeit in der jüngsten Krise weit heftiger umstritten und wurde noch nie so intensiv in den Medien, von Experten, Intellektuellen und Politikern diskutiert. Dieser heftige Interessenkonflikt führte auch zu einer verhängnisvollen, bisher unbekannten Spaltung Europas in einen weniger verschuldeten und von der Wirtschaftskrise weniger geschlagenen nördlichen Teil und einen stärker verschuldeten, unter der wirtschaftlichen Schrumpfung leidenden, meist südlichen Teil der Europäischen Union. Ein scharfer Dissens über europäische Verantwortung für die Mitgliedsländer brach auf. Der Niedergang des Vertrauens in die Europäische Union war



zudem besonders tief, weit tiefer als in den 1970er Jahren. Die Europäische Union besaß unter den Europäern noch nie ein so negatives Bild, auch wenn immer noch eine sehr knappe Mehrheit der Bürger ein positives Bild beibehielt. Die Kritiker aus den Eliten waren noch nie so zahlreich, auch wenn sie weiterhin eine Minderheit blieben. Der Rückgang des politischen Vertrauens in die Union dauerte daher an, auch als das die Krise auslösende ökonomische Problem, die unbezahlbaren Zinsen für die Staatsschulden vor allem südlicher Mitgliedsländer der Eurozone, gelöst schien. Die Krise legte offen, dass ein politisches Kernproblem der Union ungelöst war, der Dissens darüber, wie weit die Verantwortlichkeit der Union für ihre Mitgliedsländer gehen und wie stark die nationale Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsländer sein sollte. Die globale Vertrauenskrise der Europäischen Union war ebenfalls ungewöhnlich stark. All das lässt es auf den ersten Blick plausibel erscheinen, dass die jüngste Krise als die schwerste der Geschichte der europäischen Integration angesehen wird.

Gleichzeitig allerdings fehlten in der jüngsten Krise Belastungen, die umgekehrt die Krise der 1970er Jahre erheblich verschärften. In der jüngsten Krise ging es nicht mehr um die völlige Neugründung von europäischen Institutionen wie in den 1970er Jahren, sondern noch um die Reform einer schon bestehenden Institution, der Euro-Währung. Die wichtigen europäischen Akteure, der Europäische Rat, die Europäische Zentralbank, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission waren anders als in den 1970er Jahren alle eingerichtet und klar definiert. Daher wurden die europäischen Entscheidungen auch rascher, wenn auch sicher nicht optimal rasch und nicht genügend umfassend, getroffen und blieben nicht über Jahre hinweg völlig aus wie in den 1970er Jahren. Darüber hinaus durchlief Europa keinen so tiefen wirtschaftlichen Strukturumbbruch wie in den 1970er Jahren. Weder wurde das Weltwährungssystem völlig umgestaltet, noch brachen langjährig hohe Wachstumsraten ein, noch erlebte Europa einen Schock wie die Ölschocks von 1973 und 1979/1980. Zudem waren die europäischen Entscheidungen in der jüngsten Krise nicht durch Ängste vor Bedrohungen durch außereuropäische Mächte wie die Bedrohung durch die Sowjetunion im Kalten Krieg oder die Bedrohung durch die arabischen Ölexportierenden Länder bestimmt und eingengt. Die von den USA 2007/2008 ausgehende Finanzkrise wurde überwiegend als gemeinsame atlantische Krise, meist nicht als Bedrohung von außen angesehen. Es wäre auch ein Trugschluss, anzunehmen, dass die jüngste Krise durch besonders starke gesellschaftliche und wirtschaftliche Divergenzen bestimmt war. Ganz im Gegenteil hatte das integrierte Europa in den 1970er Jahren mit größeren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen innereuropäischen Divergenzen zu kämpfen. Im Übrigen standen große außeratlantische Währungsräume wie Indien, China, Russland oder Brasilien gravierenderen internen wirtschaftlichen und gesellschaft-

lichen Disparitäten gegenüber. Schließlich kommt man um die Frage nicht herum, ob die heftigen politischen Konflikte um die europäische Entscheidung in der jüngsten Krise ausschließlich negativ zu bewerten sind. Schon seit den 1990er Jahren wurden die europäischen Entscheidungen von den Öffentlichkeit nicht mehr einfach hingenommen, sondern waren zunehmend umstritten, da sich Experten, Intellektuelle, soziale Bewegungen, Interessengruppen und Politiker in der Öffentlichkeit mehr und mehr für europäische Fragen interessierten und da die Europäische Union mit ihren stark ausgeweiteten Kompetenzen auch direkter in die alltäglichen Lebensumstände der europäischen Bürger eingriff (siehe den Beitrag von Rauh/Zürn in diesem Band). Die stärkere Politisierung der europäischen Entscheidungen hat auch dazu geführt, dass der Druck auf die europäische Politik zunahm und europäische Entscheidungen teilweise rascher gefällt werden. Aus allen diesen Gründen ist die jüngste Krise der europäischen Integration nicht einfach die schwerste Krise der Geschichte, sondern eine von wenigstens zwei sehr schweren Krisen mit ihren Besonderheiten: Sie ist im Vergleich zur Krise der 1970er Jahre besonders stark politisiert, von einem sehr fokussierten Interessenkonflikt um die Währungspolitik und durch eine neue Nord-Süd-Teilung Europas geprägt, durch eine schwere Wirtschaftskrise, durch einen tiefen Vertrauensverlust der Europäischen Union und durch besonders einschneidende Auswirkungen für die europäischen Durchschnittsbürger belastet. Sie wird allerdings weniger als die Krise der 1970er Jahre durch vermeintliche oder tatsächliche äußere Bedrohungen, durch grundlegende wirtschaftliche Strukturbrüche, auch weniger durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Divergenzen verschärft. Vor allem konnten die notwendigen politischen Entscheidungen schneller fallen, sicher keineswegs optimal im Inhalt und nicht optimal rasch in der Zeit, aber auch nicht um lange Jahre verzögert wie in der Krise der 1970er Jahre.

---

## Literatur

- Aron, R. 1998. *L'Europe face à la crise des sociétés industrielles* (1976), In *L'Europe? L'Europe*. P. Ory (Hrsg.) Paris: Omnibus.
- Bajon, P. 2012. *Europapolitik „am Abgrund“. Die Krise des „leeren Stuhls“ 1965–66*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Bieling, H.-J. und Lerch, M. (Hrsg.) 2006. *Theorien der europäischen Integration*. 2. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Chassaigne, P. 2012. *Les années 1970: fin d'un monde et origine de notre modernité*. Hachette.com.
- Checkel, J. T. und Katzenstein, P. J. (Hrsg.) 2009. *European identity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dinan, D. 2011. Governance and Institutions: Implementing the Lisbon Treaty in the Shadow of the Euro Crisis. *Journal of Common Market Studies* 49 (S. 1): 103–121.

- Doering-Manteuffel, A. und Raphael, L. 2008. *Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Eichenberg R. C. und Dalton, R. J. 2007. Post-Maastricht blues: The transformation of citizen support für European integration 1973–2004, *Acta politica* 42 (2): 128–152.
- Eigmüller, M. und Mau, S. 2010. *Gesellschaftstheorie und Europapolitik: Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Wiesbaden: Springer DE.
- Europäische Kommission. Eurobarometer, Trends 1974–1994, Luxemburg 1994, S. 86.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 49. 1998. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb49/eb49\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb49/eb49_de.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 56. 2001. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb56/eb56\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb56/eb56_de.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 64. 2005. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb64/eb64\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 75. 2011. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb75/eb75\\_publ\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb75/eb75_publ_de.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 78. 2012. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb78/eb78\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb78/eb78_first_en.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Kommission. Eurobarometer 79. 2013. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb79/eb79\\_first\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Europäische Ko,ission. Eurobarometer 80.2013. [http://ec.eurppa.eu/public\\_opimion/archives/eb/eb80\\_first\\_en.pdf](http://ec.eurppa.eu/public_opimion/archives/eb/eb80_first_en.pdf). Zugriffen . 24. März. 2014
- Europaparl.europa.eu/pdf/eurobarometer/2012/election\_2012/eb77.4.
- Frank, R. 2004. La construction européenne une histoire cyclique. *Questions internationales* 7: 6–21.
- Frank, R. 2009. Vers un traité refondateur. In *Cinquante ans de traité de Rome 1957–2007*. M.-T. Bitsch (Hrsg.), 75–95. Stuttgart: Steiner.
- Fuchs, D. und Schneider, C. 2011. Support of the EU and European identity. In *Cultural diversity, European identity and the legitimacy of the EU*. D. Fuchs und H.-D. Klingemann (Hrsg.), 61–85. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Gehler, M. 2012. From Crisis to Crisis, from Success to Success? European Integration Challenges and Opportunities in Light of Europe's History (1918–2009), In *EU China. Global Players in a Complex World*. M. Gehler, G. Xuewu und A. Schimmelpfennig (Hrsg.), 45–74. Hildesheim – Zürich – New York: Olms.
- Gerhards, J. und Lengfeld, H. 2013. *Wir, ein europäisches Volk? Soziale Integration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger*. Wiesbaden: Springer VS.
- Grimmel, A. und Jakobeit, C. 2009. *Politische Theorien der Europäischen Integration: Ein Text- und Lehrbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heidenreich, M. (Hrsg.) 2006. *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Heidenreich, M. und Bischoff, G. 2008. The Open Method of Coordination. A way to the Europeanization of social and employment policies? *Journal of Common Market* 46 (3): 497–532.
- Heidenreich, M. und Wunder, C. 2008. Patterns of Regional Inequality in the Enlarged Europe, *European Sociological Review* 24 (1): 19–36.
- Heisbourg, François. 2013. *La fin du rêve européen*, Paris: Stock.
- Herzog, R. 2013. *Europa neu erfinden. Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie*. Berlin: Siedler.
- Holzinger, K., Knill, C., Peters, D. und Rittberger, B. 2005. *Die Europäische Union: Theorien und Analysekonzepte*. Paderborn: UTB.

- Hooghe, L. und Marks, G. 2009. A postfunctionalist theory of European integration: from permissive consensus to constraining dissensus. *British Journal of Political Science* 1: 1–24;
- Kaelble, H. 2010. *The 1970s in Europe. A period of disillusionment or promise?* London: German Historical Institute.
- Kaelble, H. 2012a. Europa in der Krise. Zivilisationskrise – Integrationskrise – Krisenmanagement. In *Krisen Verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*. T. Mergel (Hrsg.), 131–144. Frankfurt a. M.: Campus.
- Kaelble, H. 2012b. Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945. In *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, L. Raphael (Hrsg.), 21–36, Köln: Böhlau.
- Kaelble, H. 2013. Spirale nach unten oder produktive Krisen? Die Geschichte der Entscheidungskrisen der europäischen Integration, *Integration* 36: 169–182.
- Kaelble, H. 2014 Teilungen über winden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. In M. Bachem-Rehm et al. (Hrsg.), 587–597 München: Oldenbourg.
- Kahn, S. 2011. *Histoire de la construction de l'Europe depuis 1945*. Paris: Presses Universitaires de France – PUF.
- Kirt, R. (Hrsg.) 2001. *Die Europäische Union und ihre Krisen*. Baden-Baden: Nomos.
- Knelangen, W. 2012. Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (4): 32–40.
- Knodt, M. und Corcaci, A. 2012. *Europäische Integration. Anleitung zur theorieangeleiteten Analyse*. Stuttgart: UTB.
- Kühnhardt, L. (Hrsg.) 2009. *Crises in European integration: challenges and responses, 1945–2005*. New York Oxford: Berghahn Books.
- Lagrou, P. 2008. La crise européenne. In *L'Union européenne, la fin d'une crise?* P. Magnette und A. Weyembergh (Hrsg.), S. 15–24. Brüssel: Université de Bruxelles.
- Lemke, C. 2000. *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, München: Oldenbourg.
- Lindenlaub, D. 2013. Vom Wechselkurs zur gemeinsamen Währung. [www.europa.clio-online.de](http://www.europa.clio-online.de) (demnächst). Wilfried Loth, Helmut Kohl und die Währungsunion, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 4: 455–480.
- Loth, W. (Hrsg.) 2001. *Crisis and Compromises, the European project 1963–1969*, Baden-Baden: Nomos.
- Loth, W. 2002. *Europäische Identität in historischer Perspektive*. Zentrum für europäische Integrationsforschung. Discussion paper C 113.2002. [http://edz.bib.uni-mannheim.de/www-edz/pdf/zei/dp\\_c113.pdf](http://edz.bib.uni-mannheim.de/www-edz/pdf/zei/dp_c113.pdf). Zugriffen: 18.12.2013.
- Loth, W. und Wessels, W. 2001. *Theorien europäischer Integration*. Opladen: Leske und Budrich.
- Loth, W. 2014. *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt: Campus
- Ludlow, N. P. (Hrsg.) 2006. *The European Community and the crisis of the 1960's. Negotiating the Gaullist Challenge*. London: Routledge.
- Mau, S. 2007. *Transnationale Vergesellschaftung: Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Mau, S. und Verwiebe, R. 2009. *Die Sozialstruktur Europas*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Mau, S. und Mewes, J. 2012. Horizontal europeanisation in contextual perspective: What drives cross-border activities within the European Union? *European Societies* 14 (1): 7–34.

- Mundell, R. A. 1961. A Theory of Optimum Currency Areas. *American Economic Review* 51: 657–665.
- OECD. 1982. *Historical statistics 1960–1980*. Paris: OECD.
- OECD. 1990. *Historical statistics 1860–1988*. [www.oecd-library.org](http://www.oecd-library.org) (Streiks) abgerufen 08.04.2013.
- Offe, C. 2013. Europa in der Falle. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 76 (1): 67–80.
- Palayret, J.-M., Wallace, H. und Winand, P. (Hrsg.) 2006. *Visions, votes and vetos. The empty chair crisis and the Luxembourg compromise forty years on*. Brüssel: Peter Lang.
- Pries, L. 2007. *Die Transnationalisierung der sozialen Welt: Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Salais, R. 2013. *Le viol de l'Europe. Enquête sur la disparition d'une idée*. Paris: PUF.
- Schulz-Forberg, H. 2012. On the historical origins of the EU's current crisis: Or, the hypocritical turn of European integration. In *The European Rescue of the European Union? The Existential Crisis of the European Political Project*. A. J. Menéndez, E. Chiti und P. Teixeira (Hrsg.), 15–36. Oslo: ARENA.
- Schulz-Forberg, H. und Stråth, B. 2010. Soft and Strong European Public Spheres. In *Building a European Public Sphere: From the 1950s to the Present*. R. Frank, H. Kaelble, M.-F. Lévy und L. Passerini (Hrsg.), 55–76. Brüssel: Peter Lang.
- Streeck, W. 2013. *Gekaufte Zeit: die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus: Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Tomka, B. 2013. *A Social History of Twentieth-Century Europe*. London: Routledge.
- Varsori, A. (Hrsg.) 2007. *Alle origini del presente. L'Europa occidentale nella crisi degli anni settanta*. Milan: FrankoAngeli.
- Verwiebe, R. 2004. *Transnationale Mobilität innerhalb Europas. Eine Studie zu den sozialstrukturellen Effekten der Europäisierung*. Berlin: Edition Sigma.
- Verwiebe, R. 2008. Intra-European Migration. Is a New Transnational European Middle Class Emerging? *Migration Letters* 5(1): 1–19.
- Wiener, A. und Diez, T. 2009. *European integration theory*, 2nd. ed., New York: Oxford University Press.

Krise der europäischen Vergesellschaftung?

Soziologische Perspektiven

Heidenreich, M. (Hrsg.)

2014, VIII, 309 S. 22 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03924-0